

Zwei Frauen und ein Arzt

(Zum Internationalen Frauentag) Von Riz

Verzeihung, Herr Doktor, ich möchte mal fragen. Was tu ich, mir ist ein Kolbeur fest poffiert. Sie wissen, es bringt mir nur Berger und Flagen - Ich sahle, sie schweigen und ich bin furirt.

Katürlich, ich schweige, ich kenne die Lage. Nur keine Besorgnis, nur wenige Tage, Dann ist ihre Sache in Ordnung gebracht.

Ich danke, Herr Doktor, ich konnte mir's denken. Sie kennen die Sorgen der heutigen Frau. Wasu auch so früh keine Jugend verlocken. Sie werden mir helfen, das mußt' ich genau.

Sie wünschen, Frau Müller, nur näher gekommen. Wasu denn so saghaft, nur mutig heran. Verzeihung, Herr Doktor, mir ist so bekommen - Ich weiß nicht, was lang mit dem Kinde ich an.

Bericht' ich Sie richtig? Ein Kind ist im Werden? Reschold da so traurig und niedergebückt? So gibt eben noch einen Bittger auf Erden. Der einigt an die Stelle der älteren rückt.

Herr Doktor, ich habe schon fünf kleine Kinder. Mir fehlt für die nötige Nahrung das Geld. Sie sehen, ich laufe fast barfuß im Winter. Was soll da ein weiteres Kind auf der Welt?

Bericht' ich Sie richtig, was mössen Sie sagen. Sie wollen, ich soll von dem Kind Sie befreien? Frau Müller! Sie wissen, das kann ich nicht wagen. Man sperrt uns ja beide ins Zuchthaus hinein.

Und offen gesprochen, ich kann das nicht fassen. Ich kann ihre Wünsche bei Gott nicht verstehen! Wir müssen es schon beim Gebären belassen. Ich kann hier nicht helfen, Sie können jetzt gehn.

11 neue Mitglieder für den RSD in einer Rundgebung gewonnen

Am vergangenen Mittwoch fand im Orpheum eine von der Partei veranstaltete Rundgebung zum 12jährigen Bestehen der Roten Kamee statt, die einen glänzenden Verlauf nahm.

11 neue Kämpfer für den kommunistischen Jugendverband wurden gewonnen, außerdem wurde ein großer Teil „Junge Gardes“ und Proletkulturen umgelenkt. Dieses Beispiel zeigt, daß die jungen Arbeiter Sympathien für den RSD haben.

Polizei versucht Volkschülerverammlung zu verhindern

Der Jungpartistenschub Reutbad-Oh hatte für Donnerstag zu einer Schülerversammlung aufgerufen. Die reaktionäre Schulleitung hatte wahrheitsfalsch die Polizei von der Versammlung in Kenntnis gesetzt, denn vor dem Gruppenlokal fand ein Heberfallkommando statt und nicht weniger als 10 Krimpos Kolportier auf der Heberstraße umher, um die Schüler festzusetzen, die die Versammlung besuchen wollten. Unsere Genossen waren aber etwas schlauer. Sie benachrichtigten die Schüler, noch ehe sie der Polizei in die Hände liefen. Die Versammlung wurde an anderer Stelle trotz bewaffneter Staatskrieger durchgeführt. Wir lagten den Eltern nach offen: wir werden unsere Schülerversammlungen durchführen, denn gerade die Kinder sind doch diejenigen, die die Not und Arbeitslosigkeit am deutlichsten spüren. Freilich würden sie es lieber sehen, wenn sie in die Verbannungswandlungen (genannt Kirche) gehen würden, aber davon wird kein Kind fatt. Arbeiterkinder, setzt auch fernerhin daß ihr für eine neue Gesellschaftsordnung kämpft, werbt neue Mitglieder für den Jungpartistenschub. Arbeiterkorr. 672.

Brand in der Glasfabrik Siemens

Am Sonntag kurz vor 20 Uhr wurde die Feuerwehre noch der Siemensglasfabrik auf der Freiburger Straße alarmiert, wo eine Glaswanne explodierte. 3000 Zentner schweren Glases waren ausgelassen. Die glühende Masse leckte die Dachkonstruktion in Flammen. Die Feuerwehre bekämpfte den Brand mit drei Rohrleitungen. Gegen 22 Uhr war der Brand gelöscht.

Von einem Motorradfahrer umgerissen und schwer verletzt

In der Nacht zum Sonntag hat sich auf der Staatsstraße von Schmiedeberg nach Dippoldisowalde ein schwerer Unfall zugetragen. Ein auf dem Heimweg begriffener Motorradfahrer wurde von einem jähwütigen unbekanntem Motorradfahrer umgerissen und schwer verletzt. Der Geneser gelang es, den schuldigen Motorradfahrer zu ermitteln. Er wurde festgenommen.

„Kapitalistische Praxis der Arbeiterstimme“

Die Dresdner Volkszeitung erinnert sich, daß sie für die Arbeiter eintreten muß

Anläßlich Arbeitsmangel mußte der Handwerker Viebicher von dem Druckereibesitzer „Pewang“, in dem die Arbeiterstimme gedruckt wird, entlassen werden. Der rote Betriebsrat gab dem einzelnen Einspruch statt. Es hatte sich freilich erwiesen, daß trotz in Erwägung gezoener Verkürzung der Arbeitszeit keine weitere Möglichkeit Viebicher zu beschäftigen bestand. Dem Betriebsrat kam es darauf an, dem Entlassenen weitere Schritte nicht unmöglich zu machen. Das Arbeitsgericht hatte sich deswegen mit der Einspruchsfrage des Entlassenen zu beschäftigen.

Die Forderung des Gerichts bürge nun vornherein für „einwandfreie Qualitätsarbeit“.

„Genosse“ Dr. Ebert war Vorsitzender und der Reformist und Abtöppelgeschicht Handel vom DVB war Redakteur. Der Bonjefer: Baummeister vom Buchdruckerverband vertrat den Kläger. So konnte denn die Verhandlung“ beginnen. Baummeister behauptete eingangs seiner Rede literarische Sachlichkeit und politische Neutralität seiner Ausführungen zu um im gleichen Atemzuge die von der Betriebsratsseite geübte Methode des Hinwuschens politisch nicht auf gleichem Boden Stehender, auch auf die Pewang anzuwenden zu versuchen.

Er führte nämlich aus, der Kläger „Jänne“ auch seiner Parteigliedschaft wegen entlassen worden sein.

Was diese Klage Geldmäßig antwortete Genosse Koch als Vertreter der Pewang nur mit der Beistellung, daß infolge der Halte der Betriebsrats nicht in der RSD organisierte sei. Auf die Klage selbst eingehend erklärte Gen. Koch, daß bereits im November vorigen Jahres die Entlassung des

Die Geschäfte des Pfarrers Bitterlich

Betrug und Schwindel - Alles nur „im Interesse anvertrauter Seelen“

Von der Ehrenrätin 2. Strafkammer fand ein Prozeß statt, der auch andere Leser interessieren wird, da es sich um Betrug und Schwindel handelt, die auch in Dresden und seiner Umgebung nicht unbekannt sind. Wir entnehmen unserem Ehrenrätigen Redakteur, dem „Kämpfer“ folgenden Bericht:

Ende des vorigen Jahres verurteilte das Schöffengericht Chemnitz den Pfarrer Gotthardt Bitterlich aus Freiberg und den kaufmännischen Vertreter Ludwig Klubscheidt aus Dresden wegen Betrugs und Untreue zu je einem Jahr Gefängnis. Der Unterschlagung wurden die Angeklagten, die sich des öfteren auf ihre wertvolle „seelsorgerliche Tätigkeit“ beriefen - freigesprochen, obwohl feststeht, daß bei dem „Kinderhort“-Geschäft nicht weniger als 30 000 Mark einfach nicht belegt werden konnten!

Pfarrer Bitterlich ist, wie das Gericht zu sagen pflegt, kein völlig „unbeschriebenes Blatt“.

wurde er doch bereits einmal wegen verleumderischer Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Klubscheidt hatte 1926 den Offenbarungseid geleistet, er verband es aber jedenfalls, dem Pfarrer B. seine „religiöse Veranlagung“ glaubhaft zu machen und mit in den Kirchenvorstand zu gelangen.

Der Kaufmann und der Pfarrer verknüpften geschickt ihre Interessen.

Als vor etwa vier Jahren die Gemeinde Schlettau den Bau eines Kinderheimes erwarb, traten Bitterlich und Klubscheidt sofort mit der Gründung des Vereins „Kinderhort e. V.“ an die Öffentlichkeit. Geld wurde gebraucht! Den Mitgliedern galt es vorzutäuschen, nicht nur amtliche Stellen würden Darlehen geben, auch aus dem Ausland sei Geld zu erwarten. Die Herren Klubscheidt und Bitterlich gingen nun selbstberühmt los und nahmen Darlehen an.

Von der „Sächsischen Volkszeitung“ 15 000 Mark, von der Kommunalkasse Dresden circa 45 000 Mark, von der landesrechtlichen Kreditgenossenschaft etwa 30 000 Mark.

Diese Darlehen wurden nur erlangt, weil das Vermögen der Kirche mit dem des Kinderhortes vermischt und bedeutend höher angegeben wurde, als es tatsächlich war. Diese Finanzgeschäfte wurden auch leblich von Klubscheidt und Bitterlich in die Wege geleitet. Der Kirchenvorstand erfuhr davon nichts! In die Mitglieder dieser Körperschaft wurde zu einer Unterschriftleistung durch falsche Angaben bewogen. Den hölzernen „Kinderhort“ lieferte - ausgerechnet! - Klubscheidts Firma! Heute steht der „Kinderhort“ leer.

Die materielle Basis war nicht solide genug.

um Kinder mit Religion, dem „Opium für das Volk“, wie Karl Marx diese nannte, vergiffen zu können. Die beiden Anwälte der Beklagten gaben sich redliche Mühe, etwas zu retten. Aber die Widersprüche der beiden „Freunde“ waren oft allzu unerkennbar. Bitterlich hat sich einmal in dieser Weise: „Wenn ich mich in der Voruntersuchung widerprüfte - ich hätte damals einen Nervenpulsumbruch!“ (Sehr billig!) Vor dem Schöffengericht waren des Pfaffen Bitterlich letzte Worte: „Ich habe alles allein nur um Jesu Christi Willen getan!“

Diesmal beteuerte er: Ich habe mich von dem Geschäftspartnern leiten lassen, alles im Interesse der mir anvertrauten Seelen zu tun.“

Folgendes Urteil wurde verkündet: Es werden verurteilt Bitterlich zu 8 Monaten, Klubscheidt zu 9 Monaten Gefängnis. Die Bewilligung einer Bewährungsfrist wurde abgelehnt; das Gericht lagte, eine solche würde nur der Öffentlichkeit nicht verstanden werden. (Dazu am 10/7)

Dieser Prozeß zeigt uns, daß auch noch heute die größten Gaunereien „im Namen Jesu“, mit dem Reizton religiöser Bekehrung begangen werden. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen!

Heraus aus der Kirche!

Die „Hygienestadt“ baut Straßenreinigung ab!

Sozialdemokratischer Bürgermeister, Verbandsbunzen und Betriebsräte für rücksichtslose

Auspöterung der städtischen Arbeiter

(Von einem städtischen Arbeiter)

Nach den Kommunalwahlen ist die von uns feinerseit vorangegangene Verhinderung der städtischen Betriebe perfekt. Die gemächliche Rationalisierung des verbleibenden schädigen Restes, des Tiefbauamtes, zur Winderung der Hausbesitzerabgaben steht kurz vor ihrer Vollendung. Das städtische (sozialdemokratische) Betriebsratmandatprogramm ist in voller Ausführung. Die Dresdner Volkszeitung“ brachte in ihrer Ausgabe vom 1. Februar 1936 einen Aufruf über „Abbau der Dresdner Straßenreinigung“. Wir hatten für notwendig, auf diesen Artikel näher einzugehen. In einer gemeinsamen Betriebsratversammlung der Betriebsräte von Straßenbau, Straßenreinigung und Kanalisation im Dezember fand zur Tagesordnung:

„Verändernde Arbeitsordnung zwecks Vermeidung von Entlassungen der Hilfs- und Zeitarbeiter wegen Finanznot der Stadt.“

Die im Laufe der Verhandlung von Diskussionen gebrachten Einwendungen, die Arbeitsordnung sei lediglich Vorläufer zur gemächlichen Rationalisierung, und der Gesamtbetriebsrat solle mit der Verbandsleitung nichts unversucht lassen, um die geplante Arbeitsordnung zu verhindern, keinesfalls aber der Arbeitsordnung zustimmen, wurde von Seiten des Referenten, Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Reimisch, vom Gesamtbetriebsrat, niederknien mit dem Argument, die Verbandsleitung habe sich von der „Notwendigkeit“ der Arbeitsordnung überzeugen müssen und ihr bereits zugestimmt, weil nur eine vorübergehende Maßnahme. Auch lehnte er ab eine Behandlung der Angelegenheit durch die Stadtratsordner. Es gelang den Reformisten, eine einstimmige Annahme zu erzielen für Arbeitsordnung.

Die Auswirkung dieses Beschlusses ist, daß selbst die Volkszeitung berichten mußte, 378 Tiefbauarbeiter sind „vorläufig“, 48 „endgültig“ entlassen. Dabei sind die 378 meist langjährige (bis 30 Jahre) städtische Arbeiter, die durchgängig Ruhegehaltanspruch haben.

Ein 26 Jahre beschäftigter Arbeiter klagte gegen seine endgültige Entlassung, weil er sich nicht unerschriftlich mit der Arbeitsordnung einverstanden erklärte und - die Reformisten lebten keine Vertretung vor dem Arbeitsgericht ab. Trotz aller Verprechungen dauert die Kurzarbeit an, und der Gesamtbetriebsratvorsitzende, Sozialdemokrat Rudolph, gab an, sie seien von der Verwaltung „hinters Licht“ geführt. Die Reformisten wollten die empörten Kollegen ablenken von ihren Verbrochen und verprochen Entschädigung und Verhandlungen, die jedoch

nicht durch Beschlüsse „gefährdet“ werden dürfen. Alles ohne billige Versprechen, um so der SPD billiges Material für ihre Betriebsratwahl zu liefern.

Nach der gegenwärtigen Lage kommen etwa 50 Prozent der Beschäftigten zur Entlassung.

Allerdings werden erst die Betriebsrätewahl und der Winter einträglich vorbei sein müssen, weil bei eventuellen Schneefällen noch Bedarf an Arbeitern sein kann. Wenn die Volkszeitung für die erbärmliche Haltung und den Verrat der Sozialdemokraten in Betrieb und Gewerkschaft die RSD verantwortlich machen will, so kann sie damit bei den Arbeitern der Straßenreinigung keinen Eindruck schinden. Wir wissen, wer der Urheber der Rationalisierung und unseres Elends ist. Niemand als die SPD.

Die Antreiberin nimmt fortwährend zu in den Bezirken, wo Rechts- oder Waldmaschinen Verwendung finden. Sollten die Kolonnen nur unter Aufsichtung aller Kräfte die Reparaturen erledigen. In den Außenbezirken, wo maschinelle Reinigung unmöglich ist, erhalten die Kolonnen mehrere Tagesfahrten. Die selbstberühmlich nicht bewältigt werden können.

Die Folge ist natürlich, daß ganze Straßenzüge wochenlang liegen bleiben. Auch das ist bezeichnend für die „Stadt der Hygiene“.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die Stadt Dresden augenblicklich der Hausbesitzer an ihren Arbeitern spart. Die Sozialdemokraten helfen bei vielen Sparten annehmen auf unzureichende Kosten und entlassen sich damit als elende Verräter. Ihre Verräterei, ihre Mithilfe, aus den städtischen Arbeitern alles herauspressen zu können, wird dann als „Wirtschaftsdemokratie“ deklarieren. Die „Volkszeitung“ kann noch so viel gegen die roten Betriebsräte zusammenschlagen. Unsere eigenen Erfahrungen beweisen, daß niemand anders als die Sozialdemokratie und ihre Funktionäre die Verantwortung für das Elend der städtischen Arbeiter haben, die Verantwortung für die infolge Rationalisierung entlassenen Kollegen.

Deswegen belonen wir städtischen Arbeiter von der Opposition, daß ebenso wie die Erwerbslosen auch wir heute noch im Betrieb Stehenden den Kampf gegen das sozialdemokratische Verrätergehebel verstärken müssen, daß wir teilnehmend müssen an dem großen Volkskongress des Proletariats gegen Massenarbeitslosigkeit und kapitalistische Rationalisierung am 6. März. Bei der Betriebsratwahl wird unsere Antwort an die Sozialdemokraten sein:

In den städtischen Betrieben Dresdens werden nur rote Betriebsräte gewählt.

Der Genosse Hans Jaeger (Vize der Marx-Engels-Lektüre, Berlin) spricht morgen 4. März 1936 Uhr in der Weihen Schiffe, Dresden, Kundgebung, über: Die bürgerliche Presse. Anschließend Diskussion. Eintritt 30 Pf., Erwerbslose 30 Pf. Kund prof. resolut, Schriftsteller Deutschlands, Ortsg. Dresden, Internationale Arbeiterhilfe.

Erwerbslosenversammlung, Dienstag den 4. März, 14 Uhr: Straßen-Bismarck: Sportplatz Ost, Herfestr. 1, Johannstraße, Eiche, Huttenstraße, Volkshaus-Bismarck, Cole, Grundstraße, Erläutert in Meissen. Erwerbslosenausflug Dresden-Ost.

Reichsbannerkundgebung - Reichsjammerpleite

Frage. War schon die Demonstration möglich, so war die Saaluntergebung im Regierheim ein Risiko des republikanischen Gedankens, davon zeugte der Reich der 200 Anwesenden. Der große Anführer, nicht Kellner, Julius Deutsch, Wien, spricht. Dabei blieb dieses Paradebild aus und Gedhardt, Magdeburg, revidierte radikale Phrasen, Kampf dem Faschismus. Er lobte die „republikanische“ Polizei, daß sie für Ruhe und Ordnung sorgte, diese Polizei müsse weiterhin erhalten bleiben, nur gelte es, die Reichswehr für die Republik zu gewinnen. Die Herren, die den Staatsapparat, die schändliche Polizei und Reichswehr aufbauen und erhalten, kümmern sich nicht um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, sondern führen seinen Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiter. Die Führer der Reichsbanner SPD wollte am Schluß noch alle Reichsbannerleute zusammenhalten. Das konnte auch der Gewerkschaftsbund nicht fertigbringen, denn die Anhänger liefen alle weg. In der Diskussion brachten sie auch zum Ausdruck, daß sie unzufrieden mit dieser Kundgebung waren. Darum, Arbeiter, heraus aus der sozialdemokratischen Reichsbannerarbeit! Hinein in die Antijudische Arbeiterwehr Arbeiterkorr. 679.